



**9/SBI**  
**vom 24.04.2018 zu 40/BI (XXVI.GP)**

**BMVIT - I/PR3 (Recht und Koordination)**

Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien

Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail: pr3@bmvit.gv.at

Internet: www.bmvit.gv.at

(Antwort bitte unter Anführung der GZ.  
 an die oben angeführte E-Mail-Adresse)



GZ. BMVIT-16.500/0003-I/PR3/2018    DVR:0000175

An die  
 Parlamentsdirektion  
 z.Hdn. Hrn. Mag. Michalitsch

1017 W i e n

Wien, am 23.04.2018

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie beehrt sich zur Bürgerinitiative **40/BI „Ergänzung des Postmarktgesetzes BGBl. I Nr. 123/2009“** Folgendes mitzuteilen:

Das PMG sieht eine flächendeckende Grundversorgung mit Postdienstleistungen (Universaldienst) vor. Diese Verpflichtung bedingt auch, dass für die Sortierung und Weiterleitung der Brief- und Paketdienste entsprechende Verteilzentren errichtet werden müssen bzw. schon errichtet wurden. Die Standortentscheidung erfolgt hierbei nach rein logistischen Gesichtspunkten.

Die Entscheidung, dass auf das Anbieten von Postdiensten die Gewerbeordnung keine Anwendung findet, ist ebenso wie im Telekombereich historisch gewachsen.

Planung und Bau von Verteilzentren gehen stets mit hohen Investitionskosten einher. Eine Ausnahme, wie sie von der Bürgerinitiative gefordert wird, könnte durchaus eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Österreich darstellen. Darüber hinaus wäre nicht nur die Österreichische Post AG von dieser Änderung (wie sie die Bürgerinitiative explicit anspricht) sondern **sämtliche** Postdiensteanbieter nachhaltig in sehr hohem Maße betroffen.

GZ. BMVIT-16.500/0003-I/PR3/2018



Außerdem bedeutet das nicht, dass durch die Gesetzesänderung keine Verteilzentren mehr gebaut werden dürfen. Die jeweilige BH kann sich durchaus auch für eine Baugenehmigung aussprechen.

Eine Änderung des § 24 Abs. 2 PMG ist daher seitens der Obersten Postbehörde aus den o.a. Gründen **abzulehnen**.

Schließlich darf noch darauf hingewiesen werden, dass die Österreichische Post AG vom Bauvorhaben des Paketverteilzentrums Korneuburg mittlerweile Abstand genommen hat.

Somit wird dem ursprünglichen Wunsch der Anrainer auf Verlegung bzw. Nichterrichtung des Paketverteilzentrums ohnehin entsprochen.

**Für den Bundesminister:**

Dr. Brigitte Raicher, LL.M.

**Ihr(e) Sachbearbeiter(in):**

Eva-Maria Weinzierl

Tel.Nr.: +43 (1) 71162 65 7406

E-Mail: [eva.weinzierl@bmvit.gv.at](mailto:eva.weinzierl@bmvit.gv.at)